



**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die Medien

15.08.01

## PRESSEERKLÄRUNG

### **Gesundheitsamt plant Einstellung der "Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung"**

Mit dem im April beschlossenen Haushaltssicherungskonzept hat der Rat mit Mehrheit festgelegt, dass die einzelnen Ämter bezogen auf die jeweilige Budgetgrösse einen unterschiedlichen Konsolidierungsbeitrag zu erbringen haben. Für das Gesundheitsamt der Stadt sind dies 1,7 Mio DM jährlich, die künftig eingespart werden sollen. Über die Umsetzung der Sparmassnahmen in den Ämtern werden die Fachausschüsse jedoch nur informiert, wenn es sich um "wesentliche standardsenkende Massnahmen" handelt, so der Beschluss von SPD und CDU.

Für Unruhe innerhalb des Amtes wie auch bei Betroffenenorganisationen sorgt die im Zusammenhang der Sparmassnahmen beabsichtigte Schliessung der "Beratungsstelle für Menschen mit Behinderung und chronisch Kranke", die amtsintern bereits seit Monaten diskutiert wird. An Einsparpotenzial erwartet die Leitung des Gesundheitsamtes eine strukturelle Verbesserung von rund 320.000 DM pro Jahr.

Die mit drei Personalstellen ausgestattete Beratungsstelle hat die Aufgabe, Menschen mit Behinderungen und chronisch Kranken sowie deren Angehörigen umfassende Beratung und Begleitung zu ermöglichen, auch und gerade gegenüber den Kostenträgern, wie z.B. Krankenkassen. Ein wesentliches Merkmal ihrer Arbeit ist damit die trägerunabhängige und an den Bedürfnissen der KlientInnen orientierte Beratung.

Mit dieser Aufgabenstellung hat die Beratungsstelle in Dortmund eine Zentralfunktion, die durch keinen anderen Träger gewährleistet wird und in dieser Weise auch nicht durch einen Kostenträger wie bspw. Krankenkassen oder Reha-Träger übernommen werden kann. Die in der bisherigen Diskussion von der Amtsleitung eingebrachten Alternativangebote, die den Wegfall der Beratungsstelle kompensieren sollen, wie z.B. die nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) IX einzurichtenden Call-Center, erfüllen das Aufgabenspektrum der Beratungsstelle nicht.

Betroffenenorganisationen haben daher gegenüber der Amtsleitung bereits darauf hingewiesen, dass mit einer Schliessung der Beratungsstelle ein wesentliches Element der



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

kommunalen Behindertenarbeit, nämlich die qualifizierte Begleitung und Beratung von Menschen mit Behinderung, verlorenginge. Innerhalb des Amtes ist sowohl von anderen Fachabteilungen wie auch von Seiten des internen Qualitätsmanagements darauf hingewiesen worden, dass erhebliche fachliche Bedenken gegen die Schliessung der Stelle bestehen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Gesetzgeber im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) vorsieht, dass diese Aufgabe vom Gesundheitsamt erfüllt werden soll.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass mit der Schliessung der Beratungsstelle Haushaltskonsolidierung an einer falschen Stelle betrieben würde. Damit würde ein Einschnitt in einem Bereich realisiert, in dem es nach bislang übereinstimmender Meinung im Gegenteil weiteren kommunalen Handlungsbedarf gibt. Für die DortmunderInnen, die von einer Behinderung oder chronischen Krankheit betroffen sind, ginge eine wesentliche Hilfestellung im Alltag verloren.

Politisch wäre es zudem fatal, Kürzungsvorschläge wie diesen isoliert zu diskutieren: Erst eine Offenlegung des Gesamttableaus möglicher Sparmassnahmen im Gesundheitsamt erlaubt dem zuständigen Sozial- und Gesundheitsausschuss, eine qualifizierte Diskussion über verschiedene Handlungsmöglichkeiten zu führen und eine sachgerechte Entscheidung zu treffen.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN lehnen daher eine isolierte Diskussion über einzelne, gravierende Einschnitte ab. Wir fordern die Verwaltung auf, dem zuständigen Ausschuss qualifizierte Alternativen zur Haushaltskonsolidierung vorzulegen, die eine politische Gewichtung ermöglichen.